

Enttäuscht von der Neuen Seidenstraße

Italien erklärt Austritt

Italien zieht endgültig einen Schlussstrich unter die Neue Seidenstraße. Chinas Infrastrukturprojekt habe keinen positiven Effekte gebracht, heißt es in Rom.

Von Matthias Rüb



Andere Zeiten: Der Beitritt Italiens zur Neuen Seidenstraße war 2018 während der Regierungszeit Giuseppe Contes (l.) beschlossen worden. AP

Italien hat seinen Austritt aus dem chinesischen Infrastruktur- und Handelsnetzwerk „Neue Seidenstraße“ verkündet. Wie italienische Medien am Donnerstag übereinstimmend berichteten, teilte Rom der Führung in Peking diese Woche in einer diplomatischen Verbalnote

an die chinesische Botschaft in Rom mit, dass Italien die Zusammenarbeit in dem multinationalen Projekt nicht über den Ablauf des zunächst vereinbarten Zeitraums von fünf Jahren hinaus verlängern werde. Italien hatte im März 2019 unter der damaligen Koalitionsregierung von linkspopulistischer Fünf-Sterne-Bewegung und rechtsnationaler Lega, geführt von Ministerpräsident Giuseppe Conte, während des Besuchs von Staats- und Parteichef Xi Jinping in Rom den Beitritt zur „Neuen Seidenstraße“ beschlossen.

Gemäß dem damals vereinbarten Memorandum hätte sich die Zugehörigkeit Italiens zu dem Projekt verstetigt, wenn diese nicht von einer der beiden Parteien drei Monate vor Ablauf der Geltungsdauer von zunächst fünf Jahren gekündigt worden wäre. Die vor zehn Jahren ins Leben gerufene „Neue Seidenstraße“ ist ein weltweites Investitions- und Infrastrukturprojekt Chinas. Die Initiative umfasst Projekte auf dem Landweg und auf dem Seeweg, die zur „Maritimen Seidenstraße“ gehören.

Tajani: Kein „negativer Akt gegenüber China“

Der Schritt Italiens war seit Langem erwartet worden. Mehrere Regierungsmitglieder in Rom hatten ihn in den vergangenen Monaten auch angekündigt. Schon während des Besuchs von Abgeordneten beider Parteien des amerikanischen Repräsentantenhauses hatte Ministerpräsidentin Giorgia Meloni Anfang Mai signalisiert, dass Rom der Forderung Washingtons nach einem baldigen Austritt des Verbündeten Italien aus dem Projekt des geostrategischen Rivalen China nachkommen werde.

Vom Amt des Ministerpräsidenten und vom Außenministerium gab bis Donnerstagnachmittag keine offizielle Stellungnahme zu den Medienberichten, die aber auch nicht dementiert wurden. Außenminister Antonio Tajani von der christdemokratischen Partei

Forza Italia sagte bei einer Veranstaltung in Rom am Mittwoch jedoch: „Wir haben gesehen, dass die Neue Seidenstraße nicht die erhofften Effekte gebracht hat.“ Weder erfüllten sich die Hoffnungen Roms auf umfangreiche Investitionen Chinas in Italien, etwa in den Ausbau der Häfen von Triest und Genua, noch auch auf einen Exportschub für italienische Produkte in China. Zugleich betonte er, dass der Schritt Roms nicht „als negativer Akt gegenüber China“ verstanden werden dürfe und die „ausgezeichneten politischen und Handelsbeziehungen nicht belasten“ werde. Die Fortführung der Zusammenarbeit im Rahmen der „Neuen Seidenstraße“ sei aber „keine Priorität mehr für uns“, sagte Tajani. Rom habe konstatiert, dass der Beitritt zu dem Projekt Pekings „nicht die erwünschten Resultate erbracht“ habe, während andere Staaten, die dem Netzwerk nicht angehören, „bessere Ergebnisse erzielt haben“.

Chinesische Staatsmedien berichteten zunächst nicht über den Austritt Roms aus der „Neuen Seidenstraße“. Außenamtssprecher Wang Wenbin sagte am Donnerstag am Rande des China-EU-Gipfels in Peking, Vertreter von 151 Ländern und 41 Organisationen, Italien eingeschlossen, hätten im Oktober am Seidenstraßen-Forum in China teilgenommen. Die Initiative sei von der internationalen Gemeinschaft unterstützt worden und habe globalen Einfluss bewiesen. „China lehnt die Diskreditierung und Untergrabung der Neuen Seidenstraße entschieden ab“, sagte Wang Wenbin.

Salvini liebäugelte mit einer „Ostausrichtung“

Italien war das einzige Land aus der G-7-Gruppe der größten westlichen Industriestaaten, welches dem globalen Investitions- und Infrastrukturprojekt Chinas beigetreten war. Aus der EU gehört nach dem Austritt Italiens nur noch Ungarn der „Neuen Seidenstraße“ an. In der vor knapp fünf Jahren in Rom herrschenden Koalitionsregierung von Links- und Rechtspopulisten gab es

seinerzeit viel China-Begeisterung, namentlich bei der Fünf-Sterne-Bewegung, zu deren politischem „Erbmaterial“ die Abneigung gegenüber der NATO und der EU sowie den USA gehörte. Auch in der Lega liebäugelten manche, unter ihnen Parteichef Matteo Salvini, mit einer „Ostausrichtung“ Italiens, jedoch eher nach Moskau als nach Peking.

Spätestens mit dem Amtsantritt des Kabinetts des ehemaligen EZB-Chefs Mario Draghi im Februar 2021 erlosch in Rom jedoch die Begeisterung für das chinesische Seidenstraßenprojekt. Draghi machte bei chinesischen Investoren mehrmals vom Rechtsinstrument „Golden Power“ Gebrauch, wonach die Regierung den Verkauf von italienischen Unternehmen an Ausländer verbieten kann, wenn davon nationale Sicherheitsinteressen berührt würden.